

Tagesordnungspunkt 7

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Nordenstadt am 12. Februar 2014

Hainweg

- Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen -

Forderungen des Ortsbeirat Nordenstadt zum Hainweg

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird nachdrücklich aufgefordert, **vor der Vorlage eines Aufstellungsbeschlusses** folgende Forderungen zu berücksichtigen, umzusetzen und darüber aktuell dem Ortsbeirat Nordenstadt zu berichten:

Dabei wird auf den Beschluss des Ortsbeirates Nordenstadt **Nr. 0025 vom 20.06.2012** zum Entwurfsbeschluss der Flächennutzungsplanänderung "Wohngebiet Hainweg" hingewiesen.

Für den Ortsbeirat kann eine Zustimmung zur Flächennutzungsplanänderung zum Wohngebiet Hainweg nur unter dem Vorbehalt erfolgen, wenn auch tatsächlich sichergestellt ist, dass zumindest die folgenden Punkte zwingend berücksichtigt und umgesetzt werden:

1. Kindertagesstätte

Hierbei wird darauf hingewiesen, dass zwischenzeitlich der Bedarf von 2 Kindertagesstätten als erforderlich gesehen wird.

2. Seniorengerechtes Wohnen

Hierbei wird dringend die Forderung nach ausreichenden Wohnflächen für „Seniorengerechtes Wohnen“ bei einem Gesamtbedarf in Nordenstadt bei etwa 10.000 Einwohnern gefordert. Auch sollen Pflegeplätze in ausreichendem Maß in den Planungen Berücksichtigung finden (siehe auch Beschluss des Ortsbeirats Nr. 0032/2013 vom 03.07.2013).

3. Zusätzlicher Bedarf an Sportflächen von 3.900 qm

Nach der Vorlage einer Standortuntersuchung für eine Einfelder-Halle, als Ergänzung zur Taunushalle, wird die Notwendigkeit nach einer Zweifelder-Halle als erforderlich gesehen. Eine räumliche Kombinationsmöglichkeit bei dem Neubau des Bürgersaals des Gemeindezentrums kann als Alternative gesehen werden.

Der Bedarf an Hallenflächen für die nächsten 20 Jahre wird mit einer Einfelder-Halle als nicht ausreichend angesehen.

4. Jugendeinrichtung

Auf Forderungen für die Umsetzung von Jugendeinrichtungen im Bereich des Hainweges verweisen wir auf frühere Beschlüsse.

5. Verkehrskonzept

Auf den Beschluss des Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr vom 3. September 2013 wird hingewiesen. Darin wird der Magistrat gebeten, im Rahmen der Erarbeitung des neuen Verkehrsentwicklungsplans und des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für Wiesbaden (WISEK 2030) auch eine schlüssige Verkehrskonzeption zwischen den östlichen Stadtteilen zu untersuchen, die der bereits jetzt angespannten Verkehrssituation (z.B. in Erbenheim) gerecht wird und die absehbaren Zusatzverkehre im Zusammenhang mit den geplanten Neubaugebieten (z.B. Bierstadt, Nordenstadt) berücksichtigt.

Anmerkung:

In der aktuellen Flächennutzungsplanänderung ist kein Hinweis zu finden, wie eine künftige Verkehrsregulierung bei etwa 10.000 Einwohnern abgewickelt werden kann. ***Hier ist es für den Ortsbeirat dringend erforderlich und daher auch an unsere Zustimmung gebunden***, dass bis zum Baubeginn des Wohngebietes eine klare Verkehrsregulierung nicht nur dargestellt werden muss, diese Verkehrsregulierung darf auch nicht zu einer zusätzlichen Belastung von Stadtteilen der Nachbarschaft (Erbenheim oder Igstadt) führen.

Dazu wird der Magistrat nachdrücklich aufgefordert, eine Verkehrskonzeption vorzulegen, aus der nachvollziehbar hervorgeht wie das geplante Neubaugebiet Hainweg erschlossen werden soll, ohne dass die benachbarten Stadtbezirke unzumutbar belastet werden.

Der Magistrat (Dezernat IV - Amt 66 Tiefbau-und Vermessungsamt) wird nachdrücklich aufgefordert, die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis "**Verkehrskonzept Wiesbaden-Ost**" zu intensivieren.

6. Erweiterung der Grundschule

Der Magistrat wird aufgefordert, bestehende Untersuchungen für eine Erweiterung der Grundschule umgehend dem Ortsbeirat vorzustellen.

7. Stellplätze

Bei der weiteren Planung des Baugebietes Hainweg ist auf die Einhaltung der Stellplatzsatzung zu achten. Darüber hinaus lehnt der Ortsbeirat „Gefangenenstellplätze“ in der Erfassung ab.

8. Einzelhandel im Bereich des Hainwegs

Der Ortsbeirat verweist in diesem Zusammenhang auf seinen Beschluss Nr. 0025/2013 vom 20.06.2013. Hierbei ist der Ortsbeirat der Auffassung, dass eine Ansiedlung eines Nahversorgungsunternehmens im Bereich des Hainwegs entbehrlich ist.

9. Finanzierung des Wohnbaugebietes

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, dem Ortsbeirat Nordenstadt in der nächsten Sitzung des Ortsbeirates über die finanzielle Situation beim Projekt Hainweg zu berichten, insbesondere auch darüber, wie sichergestellt wird, dass der Investor für den Hainweg seinen Teil der Erschließungs- und öffentlichen Kosten erbringen wird. Auf den Beschluss des Ortsbeirates Nordenstadt Nr. 0052 vom 06.11.2013 wird hingewiesen.

10. Eigentumsverhältnisse zum Hainweg

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie sich die Veränderungen von Eigentumsverhältnissen am Hainweg zeitlich entwickelt haben, wann die Stadt dort was gekauft und verkauft hat und ob es Enteignungen seitens der Stadt gegeben hat;

2. Auf welcher rechtlichen Vorgabe die Aussage des Magistrats basiert, die Wahrnehmung des Vorkaufsrechts sei nicht möglich gewesen, als sich die Firma SWM einkaufte;
3. Seit wann die Verwaltung Kenntnis davon hatte, dass die SWM in finanziellen Schwierigkeiten ist und ob und wie die Finanzkraft dieses Projektentwicklers und seine Erfahrung mit Wohnungsbau geprüft wurden;
4. Wie die Stadt zukünftig in der Sache Grundstücksbesitz am Hainweg vorgehen will.

Beschluss Nr. 0007

Antrag in geänderter Form beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat IV
101600

Pfeifer
Ortsvorsteher